



Raumnutzungskonflikte in der Küstenzone: Informelle Lösungsansätze am Beispiel der naturschutzrechtlichen Kompensation des JadeWeserPorts

Malte Busch¹, Andreas Kannen¹, Meinfried Striegnitz²

¹GKSS-Forschungszentrum Geesthacht, Sozioökonomie des Küstenraumes, Deutschland

²Leuphana Universität Lüneburg, Deutschland

Abstract

Along the case of environmental compensation of the JadeWeserPort, a deep water harbour under construction, in Wilhelmshaven/Germany this paper aims to detect the conflict resolution potential of informal approaches based on communication and cooperation to solve land use conflicts. In this specific case the compensation planning for JadeWeserPort and two dike enforcement activities caused a land use conflict in relation to the compensation site Langwarder Groden, a grassland area located between dike and overflow dam within the municipality Wesermarsch at the north-western German North Sea coast. Induced by different land use preferences concerning the target area the conflict became manifest in a lawsuit. In reaction to this, the relevant stakeholders decided to try to avoid a legal dispute by establishing an informal working group to solve the emerged conflict in a discursive and cooperative way, a successful decision which resulted in the determination of a compromise.

Firstly, this paper will picture the development of the JadeWeserPort focussing the central functional chain causing the analysed conflict. Subsequently, based on qualitative interviews with the relevant actors the specific land use conflict is analysed to identify the specific conditions and processes paving the way for a compromise.

The research points out the high importance of combining technical and personal conflict resolution potentials to generate compromise. Moreover it could be proofed that a supportive framework resulting from antecedent social and institutional learning can compensate for a strictly methodology-oriented proceeding.

1 Einleitung

Die Küstenzone der deutschen Nordsee ist ein vielfältig genutzter Raum, der neben seiner wirtschaftlichen Relevanz für den Im- und Export von Gütern insbesondere über sein naturräumliches und touristisches Potential wahrgenommen und definiert wird. Ein Resultat stetig zunehmender anthropogener Nutzungsansprüche an diesen Raum sind Nutzungs- und Interessenskonflikte. Vielfältige regionale Entwicklungsabsichten überschneiden sich dabei immer häufiger mit anderen geplanten oder auch bereits vorhandenen Nutzungen. Auf begrenztem Raum gilt es, die Ansprüche von Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus und Naturschutz in Einklang zu bringen ohne zeitgleich die Entwicklungsperspektiven für die jeweils anderen Bereiche einzuschränken. Dies gelingt kleinräumig mit etablierten Planungsverfahren. Große Infrastrukturprojekte sprengen durch ihre Ausschlusswirkung in Bezug auf andere Nutzungen jedoch immer wieder die Möglichkeiten durch verschiedene Formen der Co-Nutzung oder geschickte Planung Auseinandersetzungen zu umgehen und es entstehen Raumnutzungskonflikte.

In diesem Artikel wird am konkreten Fall des Tiefwasserhafens JadeWeserPort (JWP) in Wilhelmshaven/Niedersachsen ein derartiger Konflikt untersucht. Am Beispiel einer Kompensationsmaßnahme wird insbesondere die Auslagerung eines Teilkonfliktes in Verbindung mit dem Hafenaufbau auf einen anderen (benachbarten) Raum nachgezeichnet. Als Resultat der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung für den JWP, dessen Errichtung am Standort selbst bereits

vielfältige raumbezogene Konfliktpotentiale erzeugt, entstand ein neuer Raumnutzungskonflikt um die Kompensationsplanung im Langwarder Groden, einer Grünlandfläche auf der Halbinsel Butjadingen. Weil sich der Konflikt den betroffenen Akteuren aufgrund einer Vielzahl unterschiedlicher regionaler Anspruchsgruppen als vielschichtig und anspruchsvoll darstellte, wurde auf eine informelle, kommunikative Konfliktregulierung gesetzt, die in diesem Artikel beispielhaft aus konflikttheoretischer Perspektive untersucht wird.

Ziel des Artikels ist es, die Potentiale eines solchen kooperativen Vorgehens zur Minderung von Raumnutzungskonflikten in der Küstenzone herauszuarbeiten und kritisch zu hinterfragen. Dazu werden

- zunächst die Wirkungsketten, die raumbezogene Konfliktpotentiale hervorrufen, identifiziert, um
- davon ausgehend nach Integrationsmöglichkeiten für differente Raumansprüche durch informelle Planungsprozesse zu suchen.

Zunächst werden dazu die unterschiedlichen Komponenten des Fallbeispiels beschrieben. Nach der Darstellung der angewandten Methodik und einer Kontextanalyse mit Hilfe des DPSIR-Ansatzes (*Driver-Pressure-State-Impact-Response-Ansatz*, Burkhard & Müller 2008, Kannen & Burkhard 2009) werden die Ergebnisse einer empirischen Befragung zur Umsetzung des von den Akteuren angewendeten informellen Ansatzes vorgestellt. Abschließend erfolgt eine detailliert Diskussion der zentralen Erkenntnisse, die auf eine Metaebene gehoben werden um darüber zu verallgemeinerbaren und übertragbaren Schlussfolgerungen zu kommen.

2 Der JadeWeserPort und die Konfliktchronologie des Langwarder Grodens

Die Realisierung des JWP ist die aktuell größte Infrastrukturentwicklungsmaßnahme in Niedersachsen. Das Projekt wurde durch den Planfeststellungsbeschluss der Wasser- und Schifffahrtsdirektion NordWest, als zuständige Behörde, am 15. März 2007 auf eine rechtskräftige Basis gestellt, so dass der Bau im Mai 2008 beginnen konnte. Während bereits 2010 ein begrenzter Verladebetrieb aufgenommen werden soll, ist die Fertigstellung des Terminals für 2016 geplant. Verschiedene Rahmenbedingungen, sowohl auf globaler als auch regionale Ebene, können als ausschlaggebend für die Errichtung eines neuen, tideunabhängigen Tiefwasserhafens in Deutschland und der Wahl des Standortes Wilhelmshaven angeführt werden. Die Globalisierung, wenn auch momentan durch die Weltfinanzkrise beeinträchtigt, hat zu einem starken Anstieg des weltweiten Güterausstausches geführt (Gee et al. 2006). Die damit verbundene Dynamisierung des Containerverkehrs zieht ein Schiffsgrößenwachstum (mit größerem Tiefgang der Schiffe und somit der Forderung nach vertieften Hafenzufahrten) und allgemein erhöhte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit von Seehäfen nach sich. Ziel der nationalen Wirtschaftspolitik ist es, einen möglichst hohen Anteil dieses Umschlagwachstums in deutschen Häfen abzufertigen. In diesem Zusammenhang bietet der Standort Wilhelmshaven gleich verschiedene Vorteile, die ausschlaggebend für die Standortwahl waren. Insbesondere sind hier die kurze und tiefe Fahrrinne der Außenjade, die auch für die erwarteten größeren Containerschiffe passierbar ist, kombiniert mit Flächen für die Terminalaufspüllung und einer landseits noch weiter ausbaufähigen Verkehrsanbindung zu benennen. Dem mit den Umweltauswirkungen des JWP einhergehenden Konfliktpotential wurde auf der administrativen Ebene mit dem Instrument der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung begegnet. Hierdurch kam es jedoch zu einer teilweisen Übertragung des Konfliktpotentials auf einen anderen Raum, die Kompensationsfläche Langwarder Groden (Abb. 1).

Diese Fläche weist bereits eine eigene Geschichte von Konflikten und Auseinandersetzungen um ihre Nutzung auf. Den Vorläufer und Ausgangspunkt des untersuchten Raumnutzungskonfliktes stellt dabei eine Deichverstärkungsmaßnahme am Jadebusen aus den Jahren 1995-2000 dar. An dieser Maßnahme entzündete sich ein Konflikt zwischen Küstenschutz und Naturschutz um die Überbauung von Salzwiesen. Als naturschutzrechtliche Kompensation für die Deichverstärkung wurde die Entwicklung von Salzwiesen im Langwarder Groden festgeschrieben. Als durch eine zweite

Deichverstärkung sowie den JWP zusätzlich weitere Kompensationserfordernisse in der Region entstanden, fiel die Entscheidung, den gesamten Groden in Form eines Flächenpools (Zusammenlegung mehrerer Kompensationsmaßnahmen) zu renaturieren. Die zunächst geplante, vollständige Schleifung des Sommerdeiches, ein vor der Hauptdeichlinie liegender bei Sturmfluten gelegentlich überfluteter, kleinerer Deich, und somit die Öffnung des Grodens stieß bei der lokalen Bevölkerung auf starke Ablehnung. Die involvierten Deichbände entschlossen sich daher, von einer vollständigen Schleifung des Sommerdeiches abzusehen, um den Befürchtungen der lokalen Küstenbevölkerung Rechnung zu tragen. Der Planfeststellungsbeschluss für den JWP schrieb die vollständige Schleifung jedoch rechtsverbindlich fest, um auf diese Weise den Ausgleich für die Eingriffe ins Landschaftsbild durch den JWP (z. B. weithin sichtbare Kräne) zu kompensieren. In Folge dessen klagten die Deichbände gegen den Planfeststellungsbeschluss vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg.

Um den Konflikt nicht noch weiter eskalieren zu lassen, trafen sich die Konfliktparteien und andere involvierte Akteure im Juli 2007 zu einem informellen Gespräch, um die Möglichkeiten einer außergerichtlichen Lösung auszuloten. Die JWP Realisierungsgesellschaft stellte in Aussicht, in der Sache eine Alternative zur vollständigen Schleifung des Sommerdeiches mittragen zu wollen und im Verfahren durch einen Antrag auf unwesentliche Änderung des Planfeststellungsbeschlusses umsetzen zu wollen, wenn ein von allen Beteiligten mitgetragener Kompromiss vor der Terminierung eines Gerichtsverfahrens ausgehandelt werde. Darauf hin bildete sich eine informelle Arbeitsgruppe unter Leitung eines Moderators, in der Akteure aus den Sektoren Verwaltung, Naturschutz, Planung und Lokalpolitik vertreten waren. Die JWP Realisierungsgesellschaft stand zwar in kontinuierlichem Austausch mit der Arbeitsgruppe, war selbst jedoch nicht beteiligt.



Abb. 1: Fallstudiengbiet Jadebusen, Quelle: verändert nach Google maps

Der Arbeitsgruppe gelang es, einen Kompromiss auszuhandeln, der von einem vollständigen Abtrag des Sommerdeiches absieht. Stattdessen wird dieser an zwei Stellen, insgesamt auf einer Länge von 800 m, geöffnet. Um das prioritäre, durch die Planfeststellungsbeschlüsse geforderte Ziel der Salzwiesenentwicklung zu realisieren, soll im Westen des Grodens Boden abgetragen werden, um so eine häufigere Überflutung zu gewährleisten. Durch diese Abgrabungen und

Landschaftsmodellierungen soll der Ausgleich des Landschaftsbildes, gefordert durch den Planfeststellungsbeschluss für den JWP, auch ohne eine vollständige Schleifung des Vordeiches erreicht werden, indem das Entstehen von, im Sinne des Landschaftsbildes, höherwertigen Salzwiesen, gefördert wird. Auf den höher gelegenen Flächen soll ein Beweidungsmanagement umgesetzt werden, das sich allein an naturschutzfachlichen Zielen orientiert. Entwässerungssysteme innerhalb der Fläche sollen verfüllt werden, um eine Vernässung zu erzielen. Zudem soll ein Bereich von der Beweidung ausgenommen werden, um dessen natürliche Entwicklung (Sukzession) zu untersuchen. Um der Bevölkerung und Touristen Naturerleben zu ermöglichen, soll ein Rundwanderweg im Ostteil des Grodens entstehen, der den Groden quert und dann dem Verlauf des verbliebenen Vordeiches folgt, kombiniert mit der Errichtung zweier Hütten zur Vogelbeobachtung. Die Deichsicherheit soll durch eine Verstärkung des Hauptdeiches sichergestellt werden und eine Unterhaltung des Grodens soll durch die Gründung einer Stiftung ermöglicht werden (PGG 2008).

3 Methodisches und konzeptionelles Vorgehen bei der Untersuchung

In einem ersten Schritt wurde das Fallbeispiel mit Hilfe des DPSIR-Ansatzes strukturiert, um das Großprojekt JWP in seinen Gesamtkontext einzuordnen: Welche treibenden Kräfte (*Driver*) wirken hinter dem Entschluss zur Realisierung dieses Großprojektes? Welche Druckpotentiale entstehen (*Pressures*) für die Umwelt? In welchem (Referenz-) Zustand (*State*) ist die Umwelt vor dem Eingriff? Welche Auswirkungen (*Impacts*) sind zu erwarten und was können gesellschaftliche Reaktionen (*Responses*) auf diese sein? Die Beantwortung dieser Fragen liefert die Voraussetzung, um Genese und Hintergründe des untersuchten Raumnutzungskonfliktes nachzuvollziehen.

Ausgehend von der Kontextanalyse mit Hilfe des DPSIR-Ansatzes wurde in einem nächsten Schritt der Konflikt um den Langwarder Groden, als Folgekonflikt der Kompensationsplanung, detailliert aus konflikttheoretischer Perspektive untersucht. Aus theoretischer Sicht stellen Raumnutzungskonflikte einen spezifischen Konflikttyp dar, der sich am besten durch die Verknüpfung zweier Konfliktauffassungen veranschaulichen lässt. Als zentrales Charakteristikum von Raumnutzungskonflikten ist nach Ziener (2005) die Verbindung einer natur- oder raumwissenschaftlichen Konfliktauffassung mit einer sozialwissenschaftlichen Herangehensweise zu bezeichnen.

Aus raumwissenschaftlicher Perspektive werden Konflikte als Gegensätze oder Spannungsfelder zwischen unterschiedlichen, rationalen Raumnutzungsansprüchen verstanden. Personen agieren in diesem Konfliktverständnis nur indirekt als funktionale Gruppen, nicht aber im Rahmen der Konfliktaustragung. Ein Konflikt wird auf ein sachliches Problem reduziert, das es zu analysieren und mit Hilfe angemessener Planungswerkzeuge, wie z. B. integrierten Nutzungskonzepten, zu bearbeiten gilt (Ziener 2005). Aus sozial- oder gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive ist ein Konflikt eine durch Gegensätzlichkeit gekennzeichnete Beziehung zwischen zwei sozialen Elementen (Lexikon der Soziologie 2007). Diese Definition verdeutlicht, dass Konflikte hier als Auseinandersetzung zwischen Personen bzw. sozialen Einheiten verstanden werden. Es wird vorrangig eine interaktionszentrierte Konfliktperspektive eingenommen, die auch die emotionalen Komponenten einer Auseinandersetzung berücksichtigt (Ziener 2005).

Raumnutzungskonflikte sind im Spannungsfeld zwischen beiden Konfliktauffassungen anzusiedeln. Raumstrukturelle Konfliktpotentiale (alternativ kann man auch von landschafts- oder nutzungsbedingten Konfliktpotentiale sprechen (Ziener 2005)), als Vorstufe dieses Konflikttyps, entstehen durch die Kombination raumbezogener, sachlicher Probleme mit interpersonellem Konfliktpotential zwischen beteiligten Akteuren.

Vor dem Hintergrund dieses Konfliktverständnisses lässt sich folgern, dass zur Bearbeitung von Raumnutzungskonflikten und zur Entschärfung raumstruktureller Konfliktpotentiale eine Kombination von Lösungsansätzen beider Konfliktperspektiven vorgenommen werden muss, da Raumnutzungskonflikte sich nicht aus einem Sachverhalt allein, sondern erst durch dessen

Wahrnehmung, Kritik und die Auseinandersetzung damit entwickeln (Ziener 2005). Fachlich begründete Planungskonzepte zur sachlichen Integration konkurrierender Nutzungsansprüche sollten daher dem Fakt Rechnung tragen, dass Lösungen nicht einseitig, sondern nur durch Interaktion und Involvierung der Konfliktparteien möglich sind.

Ausgehend von diesem Verständnis wurde eine auf sieben leitfadengestützten, qualitativen Interviews basierende Konfliktanalyse durchgeführt. Damit wurde die Mehrheit der relevanten Akteure erfasst. Diese, der qualitativen Sozialforschung zuzuordnende Methode der Datenerhebung, zeichnet sich durch eine offene, teil-standardisierte Interviewführung aus. Sie geht von der Grundannahme aus, dass der Untersuchungsgegenstand nie völlig offen liegt, sondern durch Interpretation erschlossen werden muss (Mayring 2002). Die Verallgemeinerbarkeit von Forschungsergebnissen muss nach qualitativem Denken immer von einem spezifischen Fall ausgehen und in diesem begründet sein, um, ausgehend vom Einzelfall, eine argumentative Verallgemeinerung vorzunehmen (Mayring 2002). Die Rollenverteilung zwischen Interviewer und Befragtem ist nicht so starr wie es die Regeln für quantitative Interviews verlangen. Dadurch wird der Zugang zu subjektiven Sichtweisen des Befragten erleichtert (Lamnek 2005), was eine Voraussetzung zur Ergründung und differenzierten Erhebung solcher Aspekte eines Konfliktes darstellt, die nicht vom Interviewer vorgegeben werden.

4 Analyse des Konfliktkontextes mit Hilfe des DPSIR-Ansatzes

Der DPSIR-Ansatz ist als eine Strukturierungshilfe zu verstehen, die es ermöglicht, akute oder erwartete Entwicklungen als kausale Ketten von Einflussgrößen zu beschreiben. Er stellt die Weiterentwicklung des in den 1970er Jahren von dem kanadischen Statistiker Anthony Fried entwickelten PSR-Ansatzes (*Pressure-State-Response-Ansatz*) dar (Burkhard & Müller 2008). Seit Mitte der 1990er Jahre wird das Konzept als DPSIR-Ansatz von einer Vielzahl von Institutionen (u. a. United Nations Environment Programme (UNEP), European Environmental Agency (EEA)) und im Rahmen wissenschaftlicher Forschungsprojekte (u. a. Elliot 2002, Karageorgis et al. 2005, Broja et al. 2006, Kannen & Burkhard 2009) angewendet.

Der Ansatz ermöglicht die parallele Untersuchung und Analyse von sozio-ökonomischen Faktoren und Umweltaspekten und fokussiert insbesondere die gegenseitige Beeinflussung dieser Komponenten, wodurch er als umfassender Mechanismus zur Analyse von Umweltproblemen zu bezeichnen ist, oder auch als Instrument zur Forcierung einer nachhaltigen Entwicklung (Karageorgis et al. 2005) dienen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Informationen in fünf Kategorien (*Driver, Pressure, State, Impact, Response*) gegliedert. Dabei sind die einzelnen Komponenten nicht unabhängig voneinander zu betrachten, sondern als sich gegenseitig bedingend und überlappend. Der DPSIR-Ansatz ist demnach als Systemansatz zur Klassifizierung von Informationen zu verstehen, der dem Fakt Rechnung trägt, dass man einzelne Komponenten von Umweltauswirkungen nicht isoliert voneinander betrachten kann, sondern ihrer Vielschichtigkeit nur durch eine (wenn auch stark vereinfachte) Verknüpfung und kumulative Betrachtung der jeweils relevanten Einflussfaktoren gerecht wird.

Der Ansatz lässt sich fragestellungsspezifisch interpretieren, was dazu führt, dass seine Komponenten in verschiedenen Zusammenhängen unterschiedlich definiert werden. Im konkreten Falle des JWP wurde die Definition in Anlehnung an das BMBF Verbundprojekt *Zukunft Küste – Coastal Futures* gewählt (Kannen & Burkhard 2009). Diese zeichnet sich dadurch aus, dass die Inanspruchnahme von Raum bzw. Raumnutzung als *Pressure* und nicht, wie in anderen Definitionen, als *Driver* verstanden wird. Ansprüche an den Raum werden als Auswirkungen direkter und indirekter treibender Kräfte eingestuft. Also als ein Resultat verschiedener *Driver* und nicht als ein solcher selbst.

Das Ergebnis der DPSIR-Analyse für die Fallstudie ist als Überblick in Abb. 2 dargestellt. Diese fallbeispielspezifische Betrachtung der Interaktionen im Mensch-Umwelt-System in Bezug auf den JWP ermöglicht die Konstruktion einer zentralen Wirkungskette für den Raumnutzungskonflikt um den Langwarder Groden. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Wirkungsketten

immer durch die Perspektive des Definierenden sowie verfügbaren Informationen bedingt sind und somit dem Einwand ausgesetzt sind, interessengelenkt zu sein.

Der *Pressure Raumnutzung* führt über den *Impact Flächenverbrauch* zur *Response Kompensation*. Diese Komponenten, in Abb. 2 hervorgehoben, sind als abstrakte, übergeordnete Kategorien zu verstehen. Unter diesen lässt sich eine Vielzahl der identifizierten Faktoren zusammenfassen wodurch die Annahme eines Wirkungszusammenhanges zwischen den einzelnen Komponenten gestützt und begründet wird. Zugleich ermöglicht diese Wirkungskette die Einordnung des untersuchten Fallbeispiels in den Gesamtkontext der durch die Globalisierung forcierten wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Küstenraumes und der damit verbundenen umweltspezifischen Auswirkungen und planerischen Maßnahmen der Umweltgesetzgebung. Wie sich zeigt, ist der auf den ersten Blick lokalspezifische Konflikt um den Langwarder Groden eingebettet in Entwicklungen auf völlig anderen politischen und räumlichen Handlungsskalen bis hin zu globalen Trends im Warenaustausch, was sich auch auf die Handlungsspielräume der lokalen Akteure auswirkt. So ließ die im Zuge der Genehmigung des JWP erteilte Kompensationsplanung nur eine Diskussion über das „wie“ und nicht das „ob“ für die Öffnung des Langwarder Grodens zu.

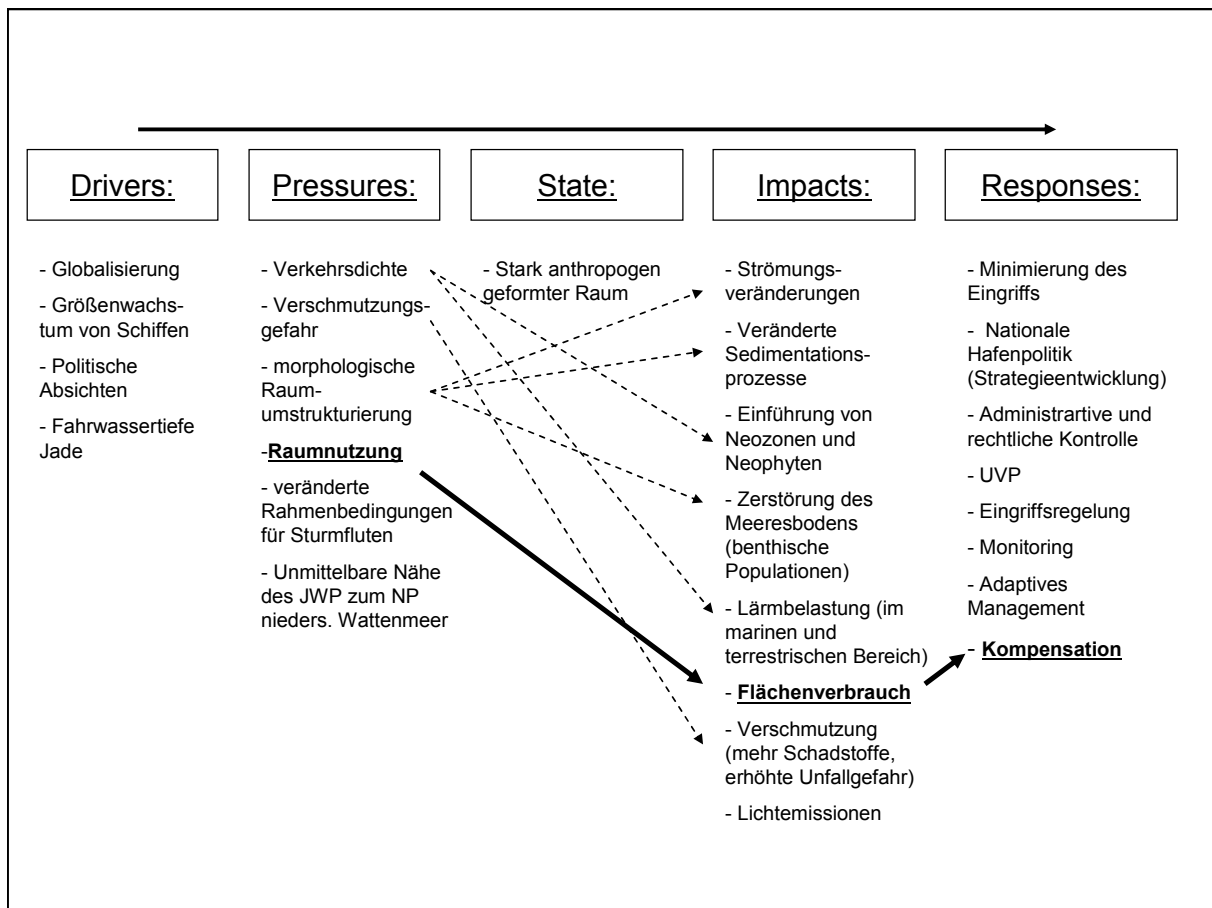


Abb. 2: Ergebnisse der DPSIR-Analyse JWP nach Busch (2009)

5 Ergebnisse der Konfliktanalyse der Kompensationsplanung

Die Analyse der Interviews mit den Teilnehmern der Arbeitsgruppe zum Langwarder Groden generierte eine Vielzahl widersprüchlicher Ergebnisse, die erst durch die Zusammenschau der Meinungen und Aussagen aller beteiligten Akteure ersichtlich wurden, da so Schnittstellen in der Wahrnehmung als auch individuelle Unterschiede identifizierbar wurden.

Jedes Interview generierte personen- und/oder (konflikt-) parteispezifische Informationen zum jeweiligen Kontext der Auseinandersetzung um den Groden aus Sicht der Teilnehmer der Arbeitsgruppe, zur spezifischen Motivation ein informelles Vorgehen zu unterstützen sowie zu Vorerfahrungen und Erwartungen an den Prozess. Diese Informationen ermöglichten eine detaillierte Untersuchung der Konfliktregulierungskapazität des gewählten Vorgehens. Durch einen Abgleich der empirisch gewonnenen Informationen mit theoretischen Überlegungen zu informellen, kooperativen Konfliktlösungsmechanismen konnten sowohl Übereinstimmungen, als auch Abweichungen von der etablierten Lehrbuchmeinung nachgewiesen werden. Dadurch ließen sich einerseits Rückschlüsse in Bezug auf die erfolgreiche universale Anwendbarkeit (bzw. Robustheit) bestimmter methodischer Regeln generieren und andererseits förderliche Abweichungen identifizieren, die für ähnlich gelagerte Fälle von Interesse sein könnten. Zudem ermöglichte die umfassende Auseinandersetzung mit dem individuellen Fallbeispiel die Möglichkeit, zwischen aktiv gestaltetem informellen Vorgehen und zufällig vorhandenen positiven oder negativen Rahmenbedingungen zu unterscheiden und so den realen Nutzen der Anwendung eines bestimmten strategischen, kommunikativen Vorgehens zu untersuchen.

Als zentraler Grund für die erfolgreiche Regulierung des Raumnutzungskonfliktes um den Langwarder Groden konnte in den Interviews eine Vielzahl von positiven Voraussetzungen bzw. Rahmenbedingungen identifiziert werden. So war von Beginn an eine breite Wissensbasis bezüglich des Projektgebietes vorhanden und die Akteure kannten sich bereits durch vorherige Zusammenarbeit. Demzufolge konnte an ein bereits bestehendes Akteursnetzwerk angeknüpft werden. Ideologische Grundsatzdiskussionen waren bereits im Vorfeld geführt und beigelegt worden, so dass schnell mit einer inhaltlichen Diskussion begonnen werden konnte. Innerhalb der Arbeitsgruppe konnten außerdem relativ ausgeglichene Machtverhältnisse nachgewiesen werden, die keinen Akteur ohne gänzlich Druckpotential zur Forcierung seiner zentralen Forderungen ließ. Dieser Umstand machte zugleich allen Akteuren ihre wechselseitige Abhängigkeit bewusst, was wiederum die Bereitschaft zu Zugeständnissen erhöhte (Abb. 3).

Abbildung 3 visualisiert die Verteilung zentraler Machtressourcen innerhalb des Akteursnetzwerkes. Die Gewichtung basiert auf direkten Aussagen in Interviews sowie strukturellen Gegebenheiten des Verfahrens (Moderatorenrolle), als auch der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen die Akteure mit Machtpotential ausstatten (z. B. planungsrechtliche Vorgaben, Kapitalgeber). Dabei steht (1) für ein geringes, (2) für mittleres und (3) für hohes Machtpotential in den benannten Machtdimensionen. Ein Machtgleichgewicht wird von Geis (2005) als wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Kompromissfindung formuliert. Die sternförmigen Ausschläge zeigen deutlich diese, als förderlich beschriebene, hohe Diversität in Bezug auf die Verteilung von Machthoheit in einzelnen Bereichen unter den Akteuren.

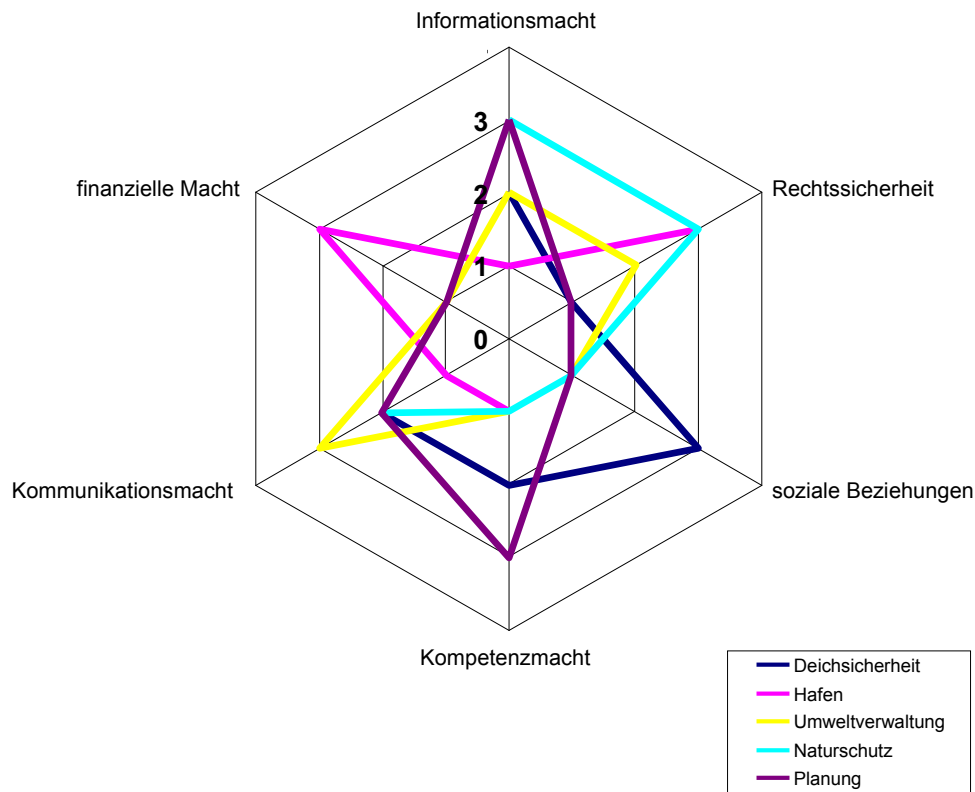


Abb. 3: Machtverhältnisse innerhalb des Akteursnetzwerkes nach Busch (2009)

Auch wenn die einzelnen Machtdimensionen nicht als gleichwertig zu verstehen sind, so haben sie doch alle eine gewisse Relevanz. Zum Beispiel können Informationsmacht, in Form medialer Aufmerksamkeit, und soziale Beziehungen innerhalb der Region durchaus Druckpotentiale in sich bergen. Mit ihrer Hilfe können Akteure, auch wenn diese beispielsweise über Rechtssicherheit oder finanzielle Druckmittel verfügen, am Verhandlungstisch gehalten bzw. kompromissbereit gestimmt werden, um Imageverluste zu vermeiden oder die Akzeptanz in der Region nicht zu gefährden. Gleichzeitig gehen aber auch Machtpotentiale von der Position eines Akteurs im Akteursnetzwerk aus. Kommunikationsmacht kann zum Beispiel entstehen, wenn einer der Akteure eine leitende oder moderierende Position einnimmt und dadurch den Verhandlungsprozess steuert. Und auch die Kompetenzmacht kann großes Machtpotential haben, insbesondere wenn es, wie im konkreten Fall, um die Planung und Umsetzung einer technisch anspruchsvollen Aufgabe geht. In einem solchen Fall wird die Möglichkeit (Macht) fachlich begründete Entscheidungen zu treffen zu einer Art gestalterischen Macht, die zum Einen starken Einfluss auf den Finanzierungsumfang (finanzielle Macht) und zum Anderen auf die Wahrnehmung des Projektergebnisses in der Region (soziale Beziehungen, Informationsmacht) nehmen kann.

Förderlich wirkten sich ebenfalls große technisch-fachlich begründete Konfliktminderungspotentiale in Bezug auf die konkrete technische und hydrologische Kompensationsplanung aus. Im Fallbeispiel vermied das Akzeptieren von Sachzwängen im planerischen Bereich langwierige Verhandlungen. Zudem konnten in wichtigen Bereichen Interessensschnittmengen zwischen den Akteuren identifiziert werden. Dies ist ein Indiz dafür, dass kein grundsätzlicher Zielkonflikt innerhalb der Arbeitsgruppe bestand. So äußerten alle befragten Akteure den Willen, eine informelle Lösung auszuhandeln. Große

Überschneidungen gab es auch bei dem Interesse in jedem Fall einen praktischen Ausgleich der zu kompensierenden Eingriffe in den Naturhaushalt zu erzielen und einen ebenfalls möglichen finanziellen Ausgleich zu vermeiden. Mehrere Akteure teilten die Absicht, durch ihr Handeln Akzeptanz für ihre Institutionen in der Region zu sichern bzw. auszubauen, während andere als Begleiterscheinung der Kompensationsmaßnahme einen zusätzlichen Wert für die Menschen vor Ort schaffen wollten. Von Seiten der Verwaltung sowie des Umweltsektors bestand zudem das Interesse als eine Art Modellprojekt Niedersachsens ersten Flächenpool zu realisieren, der als richtungsweisend in Bezug auf ähnliche zukünftige Kompensationserfordernisse gelten könnte und für die Umsetzung eines Deichrückbaus Pilotstatus erlangen würde.

Einige in der Literatur zu informeller Konfliktregulierung beschriebene Erwartungen ließen sich am Fallbeispiel nachweisen, wie z. B. die strukturierende Tätigkeit des Moderators oder die Zusammensetzung des analysierten Konfliktes aus einer Vielzahl unterschiedlicher Konflikttypen. Auch zentrale Probleme partizipativer Konfliktregulierung wie die Schnittstellenproblematik, die Schwierigkeiten bei der Überführung informeller Absprachen in formale Entscheidungen bezeichnet, oder das Stellvertreterproblem, das auftritt, wenn Akteure nicht mit der nötigen Legitimation ihrer Entsendeinstitutionen ausgestattet sind, konnten beobachtet werden. Ein weiteres Beispiel waren Akzeptanzprobleme in Bezug auf das Vorgehen in der Bevölkerung wegen der Vertraulichkeit der Arbeitsgruppe. Auch ein für informelle Aushandlungsprozesse typisches strategisches Vorgehen ließ sich beobachten, beispielsweise die Koalierung von Akteuren zur Stärkung ihrer Machtposition innerhalb der Arbeitsgruppe. Gleichzeitig konnten jedoch auch deutliche Abweichungen gegenüber einem von theoretischer Seite empfohlenen Vorgehen nachgewiesen werden. So war der Moderator der Arbeitsgruppe selbst Akteur und demzufolge nicht neutral, die Verfahrenstransparenz konnte nicht in allen Situationen und für alle Beteiligten sichergestellt werden und der JWP als Schlüsselakteur nahm nicht an der Arbeitsgruppe teil. Zudem wurde fast gänzlich auf strukturierende Verfahrensregeln wie z. B. die Erarbeitung und Verabschiedung einer gemeinsam getragenen Satzung, die Details des kommunikativen Umgangs regelt, als die aus theoretischer Sicht zentrale methodische Vorgabe für informelle Verhandlungen (Gorsler 2002), verzichtet.

6 Diskussion und Bewertung der zentralen Erkenntnisse

Im Rahmen der vorgenommenen Untersuchung ließen sich vier zentrale Erkenntnisse herausarbeiten, die als besonders relevant in Bezug auf eine erfolgreiche Kompromissfindung zu bezeichnen sind und als Ansatzpunkte für die Gewichtung von Chancen und Risiken informeller Konfliktregulierung, auch im Zusammenhang mit anderen, ähnlich gelagerten Raumnutzungskonflikten, dienen können.

- Förderliche Voraussetzungen können methodengeleitetes Vorgehen kompensieren.
- Technisch-fachliche Entscheidungen verfügen über große Konfliktminderungspotentiale.
- Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis können fallspezifisch von Vorteil sein.
- Das Wissen um kognitive Konfliktgründe und den Kontext in dem ein Konflikt steht ist von entscheidender Relevanz für ein umfassendes Konfliktverständnis und damit eine erfolgreiche Regulierung.

6.1 Förderliche Voraussetzungen kompensieren methodengeleitetes Vorgehen

Ein Vergleich des Vorgehens innerhalb der Arbeitsgruppe mit den fünf Ansätzen des integrativen Verhandeln des U.S. amerikanischen Psychologen Dean G. Pruitt offenbarte erstaunliche Schnittmengen (Geis 2005). Dieser benennt die Möglichkeiten (1.) zusätzliche Verhandlungsgegenstände einzubeziehen, um so den Verhandlungsspielraum sowie die Anzahl möglicher Optionen zu erweitern, (2.) unspezifische Kompensation zu leisten, im Sinne von Mehrausgaben zur Entschädigung und einer darin begründeten Akzeptanzsteigerung, um denen Ersatz zu leisten, die nicht in unmittelbarem Kontakt mit dem Konflikt stehen sowie (3.) „Logrolling“ zu

initiierten, was bedeutet, dass Akteure bei für sich nachrangigen Themen Abstriche machen, um im Gegenzug bessere Ergebnisse bei einem für sie prioritären Thema zu erzielen. Als weitere Optionen werden (4.) finanzielle Kompensation und (5.) „*Bridging*“, das Entwerfen neuer Verhandlungsoptionen durch ein Umformulieren der dem Konflikt zugrunde liegenden Interessen (mit dem Ziel diese dann in einem neuen gemeinsamen Rahmen zu stellen), benannt. In der Arbeitsgruppe ließen sich alle benannten Ansätze, in variierender Ausprägung, nachweisen. Beispielsweise hatten alle Akteure aus unterschiedlichen Gründen ein gesteigertes Interesse an einer erfolgreichen Kompromissfindung, weshalb auch alle zu Abstrichen in der Detailplanung bereit waren, was als Nachweis für „*Logrolling*“ benannt werden kann.

Die beschriebenen Umstände lassen vermuten, dass förderliche Verfahrensvoraussetzungen wie Anreize für alle Akteure, Vertrautheit der Teilnehmer und ausgeglichene Machtverhältnisse ein methodengeleitetes Vorgehen kompensieren. Die hohe Übereinstimmung mit den theoretischen Überlegungen von Pruitt wurde ohne eine bewusste Orientierung der Akteure an den benannten Ansätzen des integrativen Verhandeln erzielt. Ähnliche Übereinstimmungen ließen sich auch mit weiteren Ansätzen, wie z. B. den sechs zentralen Erwartungen an partizipative Verfahren nach Grunwald (2002) erzielen. Dieser benennt als Erwartungen an Partizipationsverfahren die folgenden Punkte: (1.) Die Verbreiterung der Wissens- sowie (2.) der Wertebasis, um einerseits lokale Expertise zu involvieren und andererseits die soziale Robustheit von Entscheidungen zu erhöhen, (3.) eine Informationsfunktion, um eine informierte Bewertung zu ermöglichen, (4.) erhöhte Sozialverträglichkeit durch Reflektion unterschiedlicher Ansprüche, (5.) Konfliktbewältigung durch kooperative und gemeinsam erarbeitete Lösungen sowie (6.) eine Gemeinwohlorientierung, die auf der Annahme basiert, dass durch einen rationalen Diskurs spezifische Eigeninteressen überwunden werden können. Die vielfältigen Übereinstimmungen zwischen Theorie und dem hier diskutierten Fallbeispiel sind als Nachweis dafür zu bezeichnen, dass integratives Verhandeln, wenn denn nicht durch bewusste Methodenwahl initiiert, nicht aus Humanismus oder Harmoniesucht resultiert, sondern in den guten Bedingungen für alle Akteure, ihre wichtigsten Ziele zu erreichen, begründet liegt. Gute Bedingungen, in Form einer ausreichend großen Zielkonvergenz, bilden demnach die Voraussetzung für ein integratives Miteinander im konkreten Fall.

Demnach lässt sich ein Automatismus erkennen. Förderlichen Rahmenbedingungen führen im konkreten Fall in einer Art natürlichen Ursache-Wirkungs-Beziehung dazu, dass sich ein von methodischer Seite erwünschtes Vorgehen von allein einstellt. Diese Erkenntnis soll im Umkehrschluss jedoch nicht so verstanden werden, als sei methodengeleitetes Vorgehen überflüssig, da sich die geforderten Handlungen bei förderlichen Voraussetzungen ohnehin von allein initiieren. Theorien zur Konfliktregulierung gehen ihrerseits aus Beobachtungen und Vergleichen einer Vielzahl von Fallbeispielen hervor und versprachen und komprimieren als positiv erachtete Umstände, um darauf basierend Vorschläge zur Gestaltung weniger förderlicher Situationen zu generieren.

In diesem Zusammenhang soll noch einmal auf die benannten Vorläuferkonflikte, die Deichverstärkungen am Jadebusen, hingewiesen werden. Die vorherige Zusammenarbeit eines Großteils der an der Arbeitsgruppe beteiligten Akteure ist als Teil der benannten positiven Rahmenbedingungen zu bezeichnen, da hier bereits methodische Erfahrungen in Bezug auf kooperative, partizipative Konfliktregulierung gesammelt werden konnte und somit durch einen sozialen Lernprozess bereits Kompetenzen in diesem Bereich erworben werden konnten.

6.2 Technisch-fachliche Konfliktminderungspotentiale

Als zweiter zentraler Punkt kristallisierte sich der hohe Stellenwert technisch-fachlicher Konfliktminderungspotenziale zur informellen Regulierung des untersuchten Raumnutzungskonfliktes heraus. Ein Fachgutachten zu möglichen Umsetzungsvarianten der Kompensationserfordernisse unter Berücksichtigung des hydrologischen Regimes des zu öffnenden Grodens konnte als wichtigste Voraussetzung für das Erreichen eines Kompromisses identifiziert werden. Unter der Voraussetzung,

dass im Fallbeispiel die fachliche Kompetenz des Gutachters durch alle Akteure anerkannt wurde, konnten durch wissenschaftliche Expertise eine neue Beurteilungsgrundlage geschaffen werden. Auf diese Weise wurden langwierige Verhandlungen und eine Integration der unterschiedlichen Interessen in einem diskursiven Dialog für ein zentrales Teilergebnis des Kompromisses durch fachlich begründete Sachzwänge ersetzt. Ohne diese wäre es vermutlich sehr viel schwieriger gewesen, einen Kompromiss rein diskursiv zu entwickeln, wie konfliktbeladene Verhandlungen zu Randthemen verdeutlichten.

Erst durch das Lösen des raumorientierten, sachlichen Problems, mit Hilfe fachlich-planerischer Instrumente, eröffnete sich im konkreten Fall die Möglichkeit, die aus sozial- und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive durchaus vorhandenen Konfliktpotentiale zu reduzieren und die Voraussetzungen für eine diskursive Einigung in Bezug auf die verbliebenen Unstimmigkeiten zu schaffen. Die Analyse der Interviews zeigte jedoch auch, dass die Akzeptanz von Sachzwängen nicht selbstverständlich ist und dass diese, insbesondere von den Akteuren des Umweltsektors, nur unter großem Vorbehalt anerkannt wurden. Dies ist als Indiz dafür zu interpretieren, dass die gemeinsame Wahl eines Gutachters am Beginn eines informellen Verfahrens eine gute Möglichkeit darstellt, das Vertrauen in dessen objektive und rationale Arbeitsweise bis zu einem gewissen Grad sicher zu stellen. So kann der Gefahr vorgebeugt werden, dass Konfliktminderungspotentiale aufgrund mangelnder Akzeptanz bzw. Transparenz von Informationen gefährdet werden.

Es bleibt festzuhalten, dass fachlich begründete Sachzwänge einerseits Interessenskonflikte durch integrative Planung mindern können und andererseits wertebasierte Konfliktpotentiale durch den Verweis auf eine objektive, rationale und somit wertneutrale Entscheidungsfindung entschärfen können. Für den hier untersuchten Raumnutzungskonflikt trifft dies zweifellos zu. Allerdings sei darauf verwiesen, dass dies unter anderen Rahmenbedingungen und in anderen Situationen auch völlig anders aussehen kann.

6.3 Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis

Die in einigen Punkten festzustellende Diskrepanz zwischen dem theoriegeleiteten Anspruch und der praktischen Anwendung informeller, partizipativer Verfahren im Planungsalltag wird auch von Wiechmann (1999) geteilt. Gleichzeitig sind diese Abweichungen jedoch nicht zwangsläufig von Nachteil für eine kooperative Kompromissfindung, sondern können situationsabhängig und fallbeispielspezifisch von Vorteil sein, was wiederum die Annahme bestätigt, dass jeder Anwendungsfall mit einer individuell zugeschnittenen und die spezifischen Umstände berücksichtigenden Herangehensweise bearbeitet werden muss (Zilleßen 1998, Carpenter 1988). Eine deutliche Diskrepanz zeigt sich im konkreten Fall an dem Umstand, dass die JWP Realisierungsgesellschaft als Schlüsselakteur nicht an der Arbeitsgruppe teilnahm.

Während von Seiten der Theorie die Beteiligung möglichst aller involvierten Akteure gefordert wird (Geis 2005), stellte sich die Situation im konkreten Fall anders dar. Hier ließ sich beobachten, dass eine Integration der JWP Realisierungsgesellschaft unnötig und das konkrete Vorgehen sogar von Vorteil in Bezug auf eine Kompromissfindung war. Unnötig, weil einerseits keine fachliche Kompetenz der JWP Realisierungsgesellschaft im Bereich Umweltplanung bestand und andererseits Gleichgültigkeit in Bezug auf die fachliche Ausgestaltung, da für den JWP einzig die Rechtssicherheit der Kompensation relevant war. Vorteilhaft war diese Strukturierung der Arbeitsgruppe, da das konfliktauslösende Ereignis, die Klage der Deichbände gegen die JWP Realisierungsgesellschaft, einen tiefen Vertrauensverlust im Verhältnis dieser beiden Schlüsselakteure bewirkte, der den Aushandlungsprozess innerhalb der Arbeitsgruppe wahrscheinlich nachhaltig behindert hätte. Ein Konzentrieren auf Interessen und nicht auf Positionen, wie vom Harvard-Konzept zum prinzipiengeleiteten Verhandeln gefordert (Fisher & Ury 1981), wäre bei einer solchen Konstellation

deutlich erschwert worden, da große Anreize zu gegenseitigen Schuldzuweisungen und Abgrenzungen bestanden hätten.

Im konkreten Fall wird die Arbeitsgruppe also durch die freiwillige Exklusion eines Schlüsselakteurs gestärkt. Diese Erkenntnis kann für ähnliche Raumnutzungskonflikte allein deshalb von Bedeutung sein, da sie, obwohl im Gegensatz zur Literaturmeinung, unter bestimmten Voraussetzungen eine Möglichkeit des Umgangs mit emotionalisierten Vertrauensbrüchen innerhalb eines Akteursnetzwerkes darstellt.

6.4 Kognition und Kontext

Als letzter Punkt sollen die kognitiven Ursachen des Konfliktes diskutiert werden. Kognition wird dabei in Anlehnung an das Bertelsmann Lexikon der Psychologie (1995) als Überbegriff für Prozesse verstanden, die mit dem Erkennen einer Situation zusammenhängen wie Wahrnehmung, Erkennen, Beurteilen, Bewerten, Verstehen und Erwarten.

Der Kontext der Kompensationsplanung für die einzelnen Akteure erwies sich als zentraler Punkt im Rahmen der Konfliktanalyse. Während die Kompensationsplanung für die Mehrheit der Akteure den einzigen Berührungspunkt mit dem Großprojekt JWP darstellt, stellt sich die Situation für den JWP völlig anders da. Im Gesamtzusammenhang der Hafenplanung bildet die Kompensation ein kleines Detailproblem. Aus dieser Gegenüberstellung lässt sich Konfliktpotential ableiten, da die Sensibilität der Kompensationsplanung für die betroffenen Akteure im Gesamtkontext der Hafenplanung für den JWP leicht untergeht. Diese kognitiven Differenzen, die ja nicht gewollt oder böswillig existieren, verursachten in verschiedenen Fällen Missverständnisse in der Form, dass sich Akteure nicht ernst genommen fühlten oder Planungen als ortsfremd und rücksichtslos übergestülpt wahrgenommen wurden.

Sich diese Differenzen bewusst zu machen, wäre vermutlich für beide Seiten von Vorteil gewesen. Dies zeigt, wie wichtig eine umfassende Systembetrachtung oder Berücksichtigung der jeweiligen Kontexte für eine informelle Konfliktregulierung sein kann. Zugleich zeigt das Fallbeispiel, dass politische und behördliche Entscheidungsträger bei Genehmigungs- und Planungsverfahren bereits im Vorfeld deutlich sensibler als bisher mit unterschiedlichen Wahrnehmungen von Akteuren und der räumlichen Verlagerung von Konflikten umgehen müssten.

7 Schlussfolgerungen

Die Differenzierung zwischen einer raumorientierten und einer sozialwissenschaftlichen Dimension erwies sich als wertvolle Strukturierungshilfe zur Analyse von Raumnutzungskonflikten und unterstützt gleichzeitig die Suche nach Minderungspotentialen für diesen Konflikttypus. Beide Bereiche haben unterschiedliche Instrumente und Methoden zur Verfügung und erst die Fähigkeit sowohl raumbezogene, als auch zwischenmenschliche Probleme in Kombination zu adressieren, ermöglicht die erfolgreiche Bearbeitung von Raumnutzungskonflikten.

Im konkreten Fall erwiesen sich fachliche Untersuchungen zur technischen Umsetzbarkeit der Kompensationsplanung, die dem Instrumentarium der Raumplanung zuzuordnen sind, als ausschlaggebend, da Möglichkeiten gefunden wurden, mehrere zuvor nicht vereinbare Raumansprüche, in einer neuen Planungsvariante zu vereinen. Dies kann als ursächlich für die Entwicklung einer win-win-Situation gesehen werden, die die Umsetzung eines Modellprojektes mit erhöhtem Umweltnutzen ermöglichte. So konnten die gleichzeitige Erfüllung aller Kompensationserfordernisse mit der touristischen Aufwertung der Region, unter nur partieller Öffnung des Sommerdeichs im Vergleich zur planfestgestellten Variante, verknüpft werden.

Aus sozial- und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive ließen sich eine Vielzahl positiver Voraussetzungen und Anreize für die Akteure erkennen, sich in der Arbeitsgruppe zu engagieren, da sich allen die Möglichkeit bot, ihre zentralen Interessen unter Zugeständnissen in anderen Bereichen

zu realisieren. Dabei führten förderliche Rahmenbedingungen zur unbewussten Anwendung eines methodischen Überlegungen (6.1) entsprechenden Vorgehens.

Somit lässt sich abschließend festhalten, dass informelle, auf Kooperation und Partizipation beruhende Verfahren, wie das Fallbeispiel zeigt, ein geeignetes Instrument zur Minderung und Regulierung von Raumnutzungskonflikten in der Küstenzone darstellen, wenn sie frühzeitig, fachliche und zwischenmenschliche Differenzen innerhalb des Akteursnetzwerkes identifizieren und durch die Kombination planerischer und kommunikativer Instrumente einen auf Integration ausgerichteten Prozess gestalten können. Potentiale informellen Vorgehens sollten dabei als wertvolle Ergänzungen formeller Planungsprozesse angesehen werden, die es ermöglichen, der Vielschichtigkeit und Konflikthaftigkeit räumlicher Planung, wegen differenter Raumansprüche, besser gerecht zu werden. Die Vergegenwärtigung des Kontextes in dem der Prozess für die einzelnen Akteure steht, ist dabei wichtig, um das Verhalten und die Motivation der Akteure einschätzen zu können und Verständnis aufzubauen. Die Unterstützung durch einen methodenversierten Vermittler ist wünschenswert und wird, in Abhängigkeit von den Verfahrensvoraussetzungen, häufig nötig sein.

Im konkreten Fall der Kompensationsplanung JWP erwies sich ein informelles Vorgehen als zielführend und ermöglichte eine Kompromissfindung, die auch im Hinblick auf andere Raumnutzungskonflikte von Interesse ist. In Bezug auf Kompensationsplanungen, und insbesondere wenn diese in Form von Flächenpools realisiert werden sollen, gilt es sowohl bei behördlichen als auch privatwirtschaftlichen Akteuren ein neues Bewusstsein zu schaffen. Es sollte berücksichtigt werden, dass Ausgleichsmaßnahmen, die ja vermeintlich der Lösung eines (Umwelt-) Konfliktes dienen, zeitgleich das Konfliktpotential eines Bauvorhabens auf einen anderen Raum übertragen können. Eine Sensibilisierung für Aspekte der Konfliktstreuung im Planungsalltag bietet großes Konfliktvermeidungspotential.

Rückschlüsse lassen sich auch in Bezug auf die Rolle der Wissenschaft, die häufig in Person von Fachgutachtern in Planungsprozesse involviert ist, ziehen. Damit fachliche Kompetenz auf Akzeptanz von Seiten aller Akteure trifft, ist es von großer Bedeutung, die Gutachter in einem offenen, transparenten Prozess zu benennen und ggf. Forschungsbedarf gemeinsam zu formulieren. Dies ist der beste Schutz, um dem Vorwurf der Befangenheit entgegen zu wirken und Vertrauen aufzubauen.

In ihrer Zusammenschau belegen die Untersuchungsergebnisse, dass eine sowohl räumlich als auch inhaltlich stärker systemorientierte Herangehensweise an Raumnutzungskonflikte notwendig ist und diese Einsicht zukünftig stärker in Planungsprozessen betont werden sollte.

Literatur

- Broja, Á., I. Galparsoro, O. Solaun, I. Muxika, E.M. Tello, A. Uriarte & V. Valencia (2006): The European Water Framework Directive and the DPSIR, a methodological approach to assess the risk of failing to achieve good ecological status. *Estuarine, Coastal and Shelf Science* 66: 84–96.
- Burkhard, B. & F. Müller (2008): Driver-Pressure-State-Impact-Response. In: Jørgensen, S. E. & B. Fath (Hrsg.): *Encyclopedia of Ecology*. Volume 1-5. Oxford, S. 967–970.
- Busch, M. (2009): Raumnutzungskonflikte in der Küstenzone und ihre informelle Bearbeitung. Am Fallbeispiel der naturschutzrechtlichen Kompensation des JadeWeserPorts. Diplomarbeit, Universität Lüneburg.
- Carpenter, S.L. & W.J.D. Kennedy (1988): *Managing Public Disputes*. Jossey-Bass, San Francisco.
- Elliott, M. (2002): The role of the DPSIR approach and conceptual models in marine environmental management: An example for offshore wind power. *Marine Pollution Bulletin* 44: iii–vii.
- Fisher, R. & W. Ury (1981): *Getting to Yes. Negotiating Agreement Without Giving In*. Penguin Books, New York.
- Gee, K., A. Kannen, K. Licht-Eggert, B. Glaeser & H. Sterr (2006): *Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM): Raumordnungsstrategien im Küstenbereich und auf dem Meer. Abschlussbericht Raumordnung und IKZM als Instrumente für die nachhaltige Entwicklung des Küsten- und Meeresraum*. Berlin.

- Geis, A. (2005): Regieren mit Mediation. Das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Frankfurter Flughafens. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Gorsler, D. (2002): Informelle räumliche Planung. Stand der aktuellen Forschung und Forschungsbedarf. Verlag der ARL, Hannover.
- Grunwald, A. (2002): Technikfolgenabschätzung – eine Einführung. Edition Sigma, Berlin.
- Kannen, A. & B. Burkhard (2009): Integrated Assessment of Coastal and Marine Changes Using the Example of Offshore Wind Farms: the Coastal Futures Approach. *GAIA* 18: 229–238.
- Karageorgis, A.P., M.S. Skourtos, V. Kapsimalis, A.D. Kontogianni, N.T. Skoulikidis, K. Pagou, N.P. Nikolaidis, P. Drakopoulou, B. Zanou, H. Karamanos, Z. Levkov & C. Anagnostou (2005): An integrated approach to watershed management within the DPSIR framework: Axios River Catchment and Thermaikos Gulf. *Regional Environmental Change* 5: 138–160.
- Lamnek, S. (2005): *Qualitative Sozialforschung*. Lehrbuch. Beltz Verlag, Basel.
- Lexikon zur Soziologie (2007): Fuchs-Heinritz, W., R. Lautmann, O. Rammstedt & H. Wienhold (Hrsg.): 4. grundlegend überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Lexikon der Psychologie (1995): Lexikon-Institut Bertelsmann (Hrsg.). Bertelsmann Lexikon Verlag, Gütersloh.
- Mayring, P. (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Beltz Verlag, Weinheim und Basel.
- PGG – Planungsgruppe Grün (2008): *Entwicklungskonzept Langwarder Groden*. Abgestimmter Entwurf der „AG Langwarder Groden“. Bremen.
- Wiechmann, T. (1999): Regionalmanagement auf dem Prüfstand. Anspruch und Wirklichkeit kommunikativer Verfahren in der Regionalplanung. *Zeitschrift für Angewandte Geographie* 1: 43–47.
- Ziener, K. (2005): Auf dem Weg zu einer regionalen und vorausschauenden Konfliktstrategie für Nationalparke und Biosphärenreservate. *Klagenfurter Geographische Schriften* 25.
- Zilleßen, H. (1998): Mediation als kooperatives Konfliktmanagement. In: Zilleßen, H. (Hrsg.): *Mediation, Kooperatives Konfliktmanagement in der Umweltpolitik*. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 17–34.

Danksagung

Die hier vorgestellten Ergebnisse sind Teil der Diplomarbeit des Erstautors, die im Rahmen des BMBF Verbundprojektes *Zukunft Küste – Coastal Futures* am GKSS-Forschungszentrum Geesthacht geschrieben wurde und zur Erlangung eines Diploms der Umweltwissenschaften an der Universität Lüneburg führte.

Adresse

Malte Busch
 GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH
 Institut für Küstenforschung, Abteilung Sozioökonomie des Küstenraumes
 Max-Planck-Strasse 1
 21502 Geesthacht, Germany

malte.busch@gkss.de